

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	21. Januar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

16.

**Punkt 16 der Tagesordnung: Barrierefreie Fortbildungsmöglichkeiten: Übernahme von Gebärdensprachdolmetschkosten
Antrag des Stadtrats Lüppo Cramer und der Stadträtin Margot Döring (KAL) sowie der KAL-Gemeinderatsfraktion vom 13. November 2013
Vorlage: 2013/0216**

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Wünschen die Antragsteller das Wort?

Stadträtin Döring (KAL): Natürlich! Aber die anderen können gerne einfach nur zuhören.

(Zuruf: Zustimmung!)

- Zustimmung muss man nicht, denn die Antwort der Verwaltung ist schon sehr schön.

Vielen Dank für die Antwort der Verwaltung auf unseren Antrag. Nachdem im Dezember per Offenlage beschlossen wurde, 10.000 € für die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschern bei Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, sollen die Kosten für das Dolmetschen bei Fortbildungen jetzt auch aus diesem Topf finanziert werden. So war das von uns eigentlich nicht gedacht.

Unser damaliger Antrag, der von der Verwaltung auch befürwortet und umgesetzt wird, bezieht sich auf öffentliche Veranstaltungen der Stadt. Wir hatten auch den be-

sonderen Wunsch, dass man, wenn eine Leinwand eingesetzt wird, dann auch auf der Leinwand die Dolmetscherin sehen kann.

Der jetzige Antrag zielt ab auf individuelle Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen im außerberuflichen Bereich. Hörgeschädigte bekommen bei beruflich bedingten Fortbildungen den oder die Dolmetscherin finanziert. Anders sieht das z. B. bei Volkshochschulkursen mit dem Thema "Wie verhalte ich mich richtig in medizinischen Notfällen mit der Familie, bei den Kindern?" aus. Das ist ein Thema, das jede Familie etwas angeht, mit dem kleinen Unterschied, dass hörgeschädigte Eltern Unterstützung beim Verstehen benötigen.

Jetzt schlägt die Verwaltung vor, die 10.000 € auch in diesen Fällen einzusetzen. Begründung: Die Community ist klein, da langt das Geld sicher für beides, für öffentliche Veranstaltungen und individuelle Fortbildung. Ist das so? Ich weiß es nicht. Nicht alle hörgeschädigten Menschen in Karlsruhe sind im Stadt- und Kreisverband für Gehörgeschädigte eingebunden. Die Zahl von 300 - 330 Personen ist wohl eher gegriffen in dem Zusammenhang. Auch hier gilt: Wenn ein Angebot bekannt wird, wird es auch nachgefragt.

Die Antwort der Verwaltung bringt uns noch zu einer anderen Sorge, nämlich dass die tollen Möglichkeiten, die diese 10.000 € bieten, gar nicht oder in jedem Fall zu wenig genutzt werden, weil niemand etwas davon weiß. Deshalb unser Appell an die Verwaltung: Sorgen Sie dafür und zwar auf unterschiedlichsten Wegen, dass das Angebot bei den Adressaten ankommt und nicht am Ende dabei herauskommt: Den Betrag können wir wieder streichen, weil keine Nachfrage vorhanden war.

Wir wünschen uns eher folgende Aussage: Der Betrag hat bei weitem nicht ausgereicht, weil das Interesse so groß war und so viele Menschen das neue Angebot genutzt haben. Wir wünschen uns natürlich auch ein unbürokratisches Verfahren, um an das Geld zu kommen, dass das den Menschen nicht auch noch erschwert wird.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Ich sehe jetzt keinen Widerspruch zwischen dem, was wir Ihnen vorschlagen und dem, was Sie jetzt dazu ausgeführt haben. Wir nehmen die 10.000 €. Wenn die leer sind, dann kommen wir entweder auf Sie zu oder nehmen es von woanders her. Aber wenn wir grundsätzlich die Bereitschaft übernehmen, das zu finanzieren, dann werden wir natürlich nicht im September irgendjemandem sagen: Du bist jetzt leider der Erste, der über die 10.000 € hinaus gerät.

Dass wir versuchen, das unbürokratisch zu machen, versteht sich von selbst. Von daher lassen Sie uns das so angehen. Dann können wir zu gegebener Zeit über unsere Erfahrungen reden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
18. Februar 2014